

## DIE RHEINPFALZ Nr. 53

ESWZ 1

### Geldstrafe für Serbien-Fahrten

#### Landgericht Mannheim verurteilt zwei Angeklagte

MANNHEIM (jüm). Das Landgericht Mannheim hat gestern zwei der fünf Angeklagten, die sich seit Mitte Februar wegen Verstoßes gegen das Serbien-Embargo verantworten müssen, zu Geldstrafen von 6500 Mark beziehungsweise 8400 Mark verurteilt.

Die Staatsanwaltschaft hatte Freiheitsstrafen von sechs beziehungsweise 17 Monaten für die beiden gestern abgeurteilten Busfahrer gefordert. Letztere sollte nicht zur Bewährung ausgesetzt werden. Das Gericht ging im Unterschied zur Verteidigung davon aus, daß die von den aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Angeklagten organisierten Busfahrten nach Serbien unter die von den Vereinten Nationen verhängte

Wirtschaftsblockade fallen. Da es sich aber lediglich um Personentransporte ohne erkennbaren militärischen Hintergrund gehandelt habe, sah der Vorsitzende Richter Kubitz nur den minder schweren Fall eines Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz als gegeben an.

Der Mannheimer Strafverteidiger Ludwig Bock kündigte an, daß gegen das Urteil Revision eingelegt werde. Die Rechtsfrage, ob auch Busfahrten zur Personenbeförderungen unter das Embargo fallen, solle vom Bundesgerichtshof geklärt werden. Der abgetrennte Prozeß gegen zwei ebenfalls angeklagte badischen Busunternehmer sowie einen weiteren Fahrer wird heute um 9 Uhr fortgesetzt.